

---

Wolfgang Kowalsky

---

## Die vergewaltigte Königstochter Europa neu denken

---

Dr. Wolfgang Kowalsky, geb. 1956 in Köln, Studium der Soziologie, Psychologie und Philosophie an der FU Berlin und an der Université de Paris X, ist in der Grundsatzabteilung der IG Metall tätig.

Die schwierigen Zeiten stehen Europa noch bevor. Stets waren es politische Initiativen, die die europäische Integration vorangebracht haben, doch die letzten großen Europäer - wie Francois Mitterrand oder Helmut Kohl - sind bereits abgetreten oder haben ihre Zukunft hinter sich. Ohne außen- und europapolitische Kompetenz wird die SPD die Regierungsfähigkeit nicht erlangen, und ihre Stellungnahmen zu Maastricht sind Dokumente der Konzeptionslosigkeit. Bereits die undifferenzierte Globalablehnung des Schäuble-Lamers-Papiers hat zahlreiche Proeuropäer den Konservativen zugetrieben. Kohl forever? Während Internationalisierungs- und Globalisierungstendenzen sich auf ihre Träger, eine risikofreudige, dynamische und

exportorientierte Unternehmerschaft, stützen, und die Tendenzen zur Renationalisierung alle Kräfte des Beharrens hinter sich haben, hat die europäische Integration keine Protagonisten mehr.

## I.

Europa scheint kein Thema, zumindest in Deutschland und für die deutsche Linke. Die Tragödie am Rand Europas interessiert nur aus ganz speziellem Blickwinkel: Das Lager der Pazifisten formiert sich, wenn es darum geht, Andersdenkende ins Lager der Bellizisten zu verstoßen. Linke deutsche Pazifisten, die den verheerenden Ansehensverlust, den die Europäische Union (EU) durch den Krieg auf dem Balkan erlitten hat, einfach ignorieren, meinen, aus der Nazizeit in dieser Frage keine Lehren ziehen zu können: Hätte Präsident Roosevelt der starken pazifistischen Strömung im eigenen Land nachgeben und Europa links liegen lassen sollen? Welche Gründe gaben den Ausschlag, damit die US-Amerikaner in Deutschland einmarschiert sind, bevor sie in Vietnam und anderswo unbedingt den Weltpolizisten spielen mußten?

Eine solch bösertige und verkürzte Polemik verbittet sich natürlich der angesprochene deutsche Linke, der aber nicht zögert, die schwersten Geschütze auf Daniel Cohn-Bendit zu richten, wenn dieser wagt, am glänzenden Lack der pazifistischen Haltung zu kratzen und für eine Internationalisierung der Verantwortung plädiert: Es sei Aufgabe der Europäer und werde von Europa erwartet, „das Haus Europa in Ordnung zu halten“.<sup>1</sup> Die Retourkutschen ließen nicht auf sich warten: Ekkehart Krippendorff beugt sich über das corpus delicti und erkennt auf „oberflächlich“ und „naiv“.<sup>2</sup> Ein grünes Kollektiv, bestehend aus Frieder Otto Wolf, Claudia Roth, Ludger Volmer und weiteren acht Gleichgesinnten aus Europäischem Parlament, Landtag, Bundestag, liefert als Diagnose: Cohn-Bendits Nähe zu „wiederauflebenden Kreuzzugsideologien“ sei erschreckend. Die Unterzeichnerschar hat den Feind klar verortet: „Du vertrittst in unserer Partei die herrschenden Gedanken, den Konsens des gesellschaftlichen Mainstreams und geißelst jedes Gegen-den-Strich-Denken gnadenlos als Abweichung von der gleichgerichteten „Normalität“.“<sup>3</sup> Die Unterzeichner sehen sich selbst also als Abweichler von den herrschenden Gedanken, als Querdenker, die von dem wohl stalinistischen Gleichschalter Con-Bendit „gnadenlos“ verfolgt werden und gegen die gleichgeschaltete Mehrheit ihr Fähnchen der Tapferen und Mutigen hochhalten.

Wenn es darum geht, die Leitlinien internationaler und damit auch europäischer Politik festzulegen, spalten sich die Protagonisten in zwei Lager: auf der einen Seite die machiavelh'schen Zyniker und Pessimisten, auf der anderen Seite die gesinnungsrigorosen Abstinenzler, die militärische Inter-

1 taz, 7. Dezember 1994.

2 taz, 12. Dezember 1994.

3 taz, 9. Dezember 1994.

ventionen gegen massive Menschenrechtsverletzungen grundsätzlich verurteilen, aber sich klammheimlich freuen, daß sie als Spätgeborene aus den Dilemmata der NS-Zeit fein raus sind. Auf der einen Seite herrscht eine Politik ohne Moral vor, auf der anderen eine Moral ohne Politik. Wenn demokratische Politik der Versuch einer Durchsetzung ethischer Grundsätze im politischen Leben ist, dann verfehlen beide Lager, die sich auf nationaler Ebene reproduzieren, diesen Anspruch.

Ideologische Aufrüstung im Verbund mit Ausgrenzung von Andersdenkenden und Abweichlern verhindern die Einübung demokratischer Streitkultur, aber vielleicht ist das Thema Krieg ein denkbar ungeeignetes Objekt. Solange das uneingestandene Leitmotiv verantwortungsloser Gesinnungsethiker „Fiat justitia, pereat mundus“ („Das Recht muß seinen Gang gehen, und sollte die Welt darüber zugrunde gehen.“) heißt, diese vor allem selber saubere Hände behalten, „business as usual“ walten lassen möchten und die bundesdeutsche Gesellschaft über die pseudowissenschaftliche Rechtfertigungsformel vom „Extremismus der Mitte“ als nazistisch entlarven wollen, verbleibt die Diskussion auf dem Niveau des Schlagabtauschs. Gerechterweise muß hinzugefügt werden, daß die ethiklosen Machtpolitiker durch ihre Amoralität zur Verhärtung der Fronten beitragen und geradezu moralisierende Gegenreaktionen herausfordern.

## II.

Wenn die unaufhörlich wiederholte Formel, daß Europa an einem Scheideweg steht, eine Berechtigung hat, dann in der Frage des europäischen Sozialmodells. Aber welche Kräfte setzen sich so effektiv wie öffentlichkeitswirksam für ein „high-employment“-Europa ein? Delors hat sein Beschäftigungsprogramm nicht mehr durchsetzen können. Was kommt, ist ungewiß. In die Schlagzeilen gerät die Union mit ungewollten Themen, ihrer Agraregulierung, ihren Regelungen gegen die Schweinepest und gegen lateinamerikanische Bananenimporte. Die Lamentos über unsinnigen Regelungseifer machen die EU-Öffentlichkeitsarbeit kaputt, die Brüsseler Informationsprofis fahren dennoch fort wie gewohnt. Aber vielleicht ist es illusorisch, etwas anderes aus Brüssel zu erwarten.

Abgegriffene Formeln geistern derzeit durch eine müde gewordene europapolitische Debatte: Das langsamste Schiff dürfe nicht die Geschwindigkeit des ganzen Konvois bestimmen, europapolitischer Stillstand bedeute Rückschritt, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mit europäischer Rüstungsagentur sei das Gebot der Stunde. Wortreich werden die grassierende Europaskepsis und - in einem Atemzug — Massenarbeitslosigkeit beklagt, und das Lamento bleibt folgenlos. Die Diskussion über die Fragen, ob die Einheitswährung in zwei, in vier oder erst in sieben Jahren eingeführt werden soll, ob ein politisches Dach für die Währungsunion notwendig ist, ob Europa über konzentrische Kreise, verschiedene Geschwindigkeiten, abgestufte Integration erweitert oder vertieft werden soll,

überlagert das eigentliche Problem: Welches Ziel steuert Europa an? Welche Wege führen zum Ziel? Wie wird Europa wieder attraktiver, wie im Alltag erfahrbar? Welche Regulierungsmuster - in ökonomischer, politischer und vor allem sozialer Hinsicht - sind notwendig? Welche Konturen hat das europäische Sozialmodell?

Europa als Binnenmarkt plus Währungsunion ist bislang eine Angelegenheit vornehmlich der Unternehmer und Banker. Das soziale Europa wäre hingegen eine Frage, die alle Europäerinnen und Europäer interessieren könnte. In Zeiten zahlreicher Deregulierungsoffensiven verstößt es zwar gegen den Zeitgeist, von sozialer Regulierung zu sprechen, und doch ist dies notwendig, um die größte Herausforderung zu bewältigen, vor der Europa steht, nämlich zivilisierte Innenbeziehungen zu schaffen. Denn: Europäisierung ist eine Rückversicherung gegen das Wiederaufleben nationalistischer Tendenzen, eine Rückversicherung, die sich im politischen Bereich bewährt hat. Europäisierung im sozialen Bereich ist hingegen ein weitgehend unbeschriebenes Blatt geblieben.

Wie könnte Bewegung in die verkrusteten Strukturen gebracht werden? Ist die Schaffung eines sozialen Kerneuropas zu einer Voraussetzung für Integrationsfortschritte im Sozialbereich geworden? Im politischen und ökonomischen Bereich sind in den letzten Jahrzehnten vorzeigbare Resultate erreicht worden, doch auf sozialem Gebiet ist der Fortschritt weiterhin eine Schnecke. Der bisherige Verlauf der Integration zeigt, daß strukturelle Hindernisse, die in vorderster Linie auf eine Blockadehaltung des Europäischen Unternehmerdachverbandes UNICE und intergouvernementale Entscheidungsverfahren im Ministerrat (Einstimmigkeitsregel) zurückzuführen sind, soziale Fortschritte verhinderten. Im ökonomischen Bereich ist mit dem Binnenmarkt-'92-Projekt und den ersten Stufen der Wirtschafts- und Währungsunion längst der Durchbruch erzielt worden und im politischen, vor allem außenpolitischen Bereich hat der Vorschlag eines Kerneuropas die Diskussion vorangebracht. Auf sozialem Gebiet herrscht hingegen Stagnation vor, und die Kommission kaschiert die eigene Handlungsunfähigkeit mit der Behauptung eines fehlenden Regulierungsbedarfs. Wer, wenn nicht die Euro-Akteure, vermag, Bewegung in die erstarrten Strukturen zu bringen? Aus der Einsicht in die Notwendigkeit von Fortschritten bei der sozialen Regulierung, die sich angesichts der Massenarbeitslosigkeit in einer Größenordnung von 20 Millionen von selbst verstehen sollte, ergibt sich die Schlußfolgerung, ein soziales Kerneuropa als Weg und Methode vorzuschlagen, das sich auf neuartige Koalitionsbildungen im Ministerrat stützen kann.

Europa muß „von unten“ wachsen und läßt sich nicht künstlich „von oben“ erzeugen. „Von unten“ heißt im sozialen Bereich etwa: aus den tradierten Systemen der industriellen und Arbeitsbeziehungen, aus der Vielfalt nationaler politischer und sozialer Kulturen, bei enger Einbindung der Organisationen von Arbeit und Kapital. Eine Vernachlässigung dieses Unterbaus wird sowohl bodenständige als auch luftige Konstruktionsversuche „von oben“

mit Einsturzgefahr bedrohen. In dem Augenblick, in dem nicht nur die Bürokraten, die Unternehmer und Banker, sondern alle Bürgerinnen und Bürger das gemeinsame Aufbauwerk im konkreten Alltags- und Arbeitsleben erfahren, wäre eine Trendwende eingeleitet.

In diesem Zusammenhang wäre auch die Frage des politischen Kerns neu anzugehen: Während es durchaus plausibel erscheint, das deutsch-französische Tandem als Triebkraft einer dichteren politischen Integration zu nehmen, ist diese Plausibilität im sozialen Bereich nicht gegeben, da die sozialen Verhältnisse äußerst unterschiedlich gestaltet sind. Während sich in der Bundesrepublik eine reiche tarifvertragliche Praxis eingespielt hat, die sich weitgehend staatsfrei selbständig reguliert, hat der Staat in Frankreich aufgrund tiefgehender Schwächen der Gewerkschaften und einer fehlenden kontinuierlichen Tarifvertragspraxis sowohl bei der Entlohnung als auch in Fragen wie z. B. der Urlaubsdauer gesetzliche Regelungen erlassen. Ein soziales Kerneuropa ist daher eher denkbar durch enge Kooperation der germanischen mit den skandinavischen Ländern, wobei Brückenschläge ins südliche und westliche Europa keineswegs ausgeschlossen, vielmehr erwünscht sind.

Viele reden von Kerneuropa, wenige denken ans Soziale. Nach der Öko-Bilanz ist es jetzt höchste Zeit für eine - zumindest: europäische - Sozial-Bilanz. Das soziale Kerneuropa muß auf der Regierungskonferenz '96 thematisiert werden - andernfalls kann von einer Zustimmung der Europäerinnen und Europäer zum Einigungsprozeß nicht ausgegangen werden.

### III.

Ist die Westbindung in Deutschland zu einem offiziellen Tabu hochstilisiert worden wegen der befürchteten Unzuverlässigkeit der Deutschen? Ist dieses Mißtrauen, die Deutschen könnten der süßesten Versuchung erliegen, die es für sie gibt, nämlich partout Sonderwege einzuschlagen, berechtigt? Mit welcher Begründung dürfen auch fünf Jahrzehnte nach Kriegsende die Deutschen nicht über Maastricht abstimmen, aber in aller Selbstverständlichkeit die Franzosen und die Dänen sogar zweimal? Trauen die deutschen Führungseliten der Mehrheit nicht zu, über die Geschicke von Staat und Gesellschaft verantwortlich zu entscheiden? Erscheint der „faustische Pakt“ mit den Wählern als zu gefährlich? Demokratie heißt doch Mit- und Selbstbestimmung, aber nicht in außenpolitischen Fragen? Als Kinder der Aufklärung sollten wir doch davon ausgehen, daß kraft besserer Argumente eine vernünftige Position durchzusetzen ist? Oder gleicht dieser Wunsch einem naiven Spiel mit dem Feuer?

Trägt das Mißtrauen der politischen Führungselite gegenüber dem eigenen Volk nicht dazu bei, daß es in europapolitischer Unmündigkeit verharrt, sich europaabstinent verhält oder Europa mit einem tiefsitzenden Befremden gegenübersteht? Wer hat schon einmal in der Öffentlichkeit - im Betrieb, der

'Kneipe nebenan, im Sportstadion, in öffentlichen Verkehrsmitteln - einen Streit über Europa miterlebt? Kaum einer, darauf lassen sich Wetten abschließen. Weiß man, wer in Europa Opposition macht, kann man Oppositionsführer nennen? Aber beim Bildungstest des „Spiegel“ hat man doch gar nicht so schlecht abgeschnitten...?! Ist die Frage in Wirklichkeit nicht unverschämte, falsch gestellt? Liegt da nicht genau das Problem? Wenn Mehrheit und Opposition sich zu ähnlich sind, ist die Macht zu wählen und zu kontrollieren ausgelöscht und Politik pervertiert zur Angelegenheit, die „die da oben“ unter sich regeln. Die elitäre expertistische Behandlung des Themas Europa trägt demokratieskeptische Züge, die für die Zukunft Europas schlimmste Befürchtungen aufkommen lassen. Die Nichtdiskussion hat zweifelhaftige Auswirkungen auf Europa und damit auf seine Mitgliedsländer. Die Frage, ob wir am Geßlerhut in schweigender Verachtung vorübergehen oder ihn grüßen, stellt sich gar nicht.

Die Europaabstinenz hat weitere Ursachen. Das europäische Ideal hat aufgehört, mobilisierend zu sein, weil das jetzige Europa faktisch mit zentralistisch organisiertem Kapitalismus gleichgesetzt wird und die politisch-soziale Dimension marginalisiert ist. Eine öffentliche Auseinandersetzung über die Grundlinien des europäischen Einigungsprozesses, die Bedeutung demokratischer Beteiligung, (Mit-)Gestaltung, Mitbestimmung müßte eine zentrale Achse des politischen Streits um die Zukunft Europas bilden. Gesucht ist nicht die Selbstkasteiung ob des Demokratie- oder Sozialdefizits, vielmehr geht es darum, einen Resonanzboden für öffentliche Europadiskussionen zu schaffen, besser im Plural: Resonanzböden in den Medien, Bildungsinstitutionen, Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Verbänden, Betrieben, Büros, Bürgerinitiativen und anderswo. Welchen Sinn hat sonst die Aussage, Europapolitik sei Innenpolitik?

Der Eindruck, in Europafragen herrsche ein weitgehender Konsens, der seinerseits grenzenlose Langeweile ausstrahlt, mag sich dem ersten Blick aufdrängen, aber wie so oft steckt der Teufel im Detail. Außerhalb der eingespielten und abgeschirmten Kreise von Europafunktionären, Managern und Lobbyisten fehlt dem europäischen Einigungswerk tatsächlich Legitimation und Attraktivität. Solange ein Vor-sich-hin-Dämmern, Konsens und offiziöse Europa-Diskurse vorherrschen, bleiben die bestehenden Unklarheiten unangetastet. Diese Konstellation hat Konsequenzen. Wer möchte schon in das Gemeinsame Haus Europa einziehen, solange weder Architektur noch Baustoffe bekannt sind und solange die Beteiligten nicht darüber entscheiden können? Was ist von Gorbatschows Aufruf zum Bau eines gemeinschaftlichen Europäischen Hauses, der damals in Europa Furore machte, geblieben?

Was Europa am meisten fehlt, ist eine moderne, attraktive Europa-Idee, eine Vision, die als Leitbild über die Frage Vielfalt und Einheit bestimmt, über das Verhältnis Demokratie - Solidarität - soziale Gerechtigkeit, über die moralischen und kulturellen Grundsätze, die gemeinsame geschichtliche

Identität. Amerika und Asien sind geographische Gegebenheiten, Europa ist ein politisch-historisches Produkt - es muß gestaltet werden. Das Ziel kann nicht sein, daß ein unbeweglicher Staatskomplex den Bürgern jede konkrete Verantwortung abnimmt und sie einer Kaste von Experten der Macht und der Politik überträgt. Die europäischen Zivilgesellschaften müssen sich auf einige wenige formale, für alle verbindliche Spielregeln einigen. Jenseits dieses Rahmens ist jeder für sich selbst verantwortlich - kein Staat, keine Gesellschaft, keine Gemeinschaft, kein allumfassendes Versorgungssystem, das Anreize schafft, Selbstbedienungsmentalität zu entwickeln und sich üppig zu bedienen.

„Europa wird so bürokratisch und langweilig, wie wir es verdienen.“ (Graffiti.) Könnte diese tendenziell masochistische Haltung die Parole der Zukunft sein? In der Hoffnung darauf, daß eine scharfsichtige Eule ihre Beute auch in der Dämmerung findet? Wohl kaum, denn mit Moralisieren ist in einer aufgeklärten Gesellschaft wenig auszurichten. Die Bürokraten und Konstrukteure eines Europas „von oben“ können ungestört ihre eigenen Konzepte durchsetzen, solange sich keiner darum kümmert. Zwei Lager stützen sich gegenseitig: bürokratische Europabeflissenheit, die ständig die Gefahr des endgültigen Scheiterns vor Augen führt, auf der einen Seite und eine sich antibürokratisch, aber superdemokratisch gebende Europaskepsis, die einen fast naturgesetzlichen, irreversiblen Ablauf zu erkennen meint, auf der anderen Seite. Das eine Lager findet seine beste Rechtfertigung in der Existenz des gegnerischen Lagers. Das alte bipolare Denken findet hier ein neues Spiel- und Betätigungsfeld. Solange das Lagerdenken und seine double binds nicht überwunden werden, hat Europa keine Zukunft, denn die liegt jenseits der eingefahrenen Denkschemata.

#### M.

Für die Rechte und Rechtsintellektuelle ist Europa ein unbeliebtes Thema, weil es Nation und Staat, also die hergebrachte Ordnung gefährdet und gewachsene Bindungen an die nationale Aufgabe, einen absoluten Wert, der über allen anderen rangiert, aufzulösen droht. Für die Linke und Linksintellektuelle ist Europa ein Nicht-Topos, ein partikularistisches Unding, das den Fortschritt zum Universalismus, zur Weltgesellschaft, zum „Weltbürgerstaat“ (Dahrendorf), zum „Weltbürgerstatus“, der sich bereits „in Umrissen“ abzeichne (Habermas), stört: Europa verstellt die Menschheitsperspektive und manifestiert sich als neue Festung, Abschottungsgemeinschaft und geschlossene Wohlstandsinsel, ist also zu bekämpfen.

Wer Verbündete sucht, die europaskeptische Ansichten vertreten, wie: für Europa würden verbriefte nationale Grundsätze aufgegeben, die Aufnahme der osteuropäischen Reformstaaten sei unbezahlbar, Widerstand gegen die angebliche deutsch-französische Prädominanz sei angebracht und das norwegische Votum gegen den EU-Beitritt sei eine heilsame Lehre, findet sie en masse. Europa ist „out“, nicht bloß aus linker Sicht. Angesichts der feind-

liehen - aber in ihrer Europafeindlichkeit einigen - Brüder will sich die konsensstüchtige Mitte verständlicherweise nicht zwischen alle Stühle setzen und hält sich vornehm zurück. Dafür lassen sich gute Gründe anführen: Viele Menschen begegnen der beschleunigten Globalisierung mit einem Rückzug auf Vertrautes, Heimat, Religion, Nation oder gar Nationalismus, „Fundamentalismus“ und Ethnozentrismus. Eine Suche nach neuen Gewißheiten und Sicherheiten, die bei einer neuen Loyalität zum Alten, zum Religiösen oder Nationalen endet, kann für laizistisch eingestellte Europäerinnen und Europäer nicht das letzte Wort sein. Welche Werte, Normen, Ligaturen stehen in enger Anbindung an „Europa“ - als Begriff und Faktum?

Europa leidet unter Unpopularität. Ein Stichwort - neben Überreglementierung, Bürokratie, Zentralismus, Zahlmeister Deutschland - ist Maastricht. Doch Maastricht war ein Ende, der Schlußstein einer politischen, sozialen und ökonomischen Konstruktion Europas „von oben“ und kein Anfang. Im Jahr 1989 sind die Karten neu gemischt worden. Diese Zäsur markiert eine Wendemarke, an der das Spiel neu beginnt: „Europa neu denken“ lautet die Herausforderung, die eine rücksichtslose Prüfung der hergebrachten Institutionen und Abläufe nötig macht. Nach welchen Kriterien? Welche Erwartungen und Hoffnungen können mit diesem „nicht identifizierten“ Objekt verknüpft werden? Die Gemeinschaft müsse mit einigen „großen“ Projekten verbunden werden, etwa zur Schaffung von Arbeit, von mehr sozialer Gerechtigkeit und Demokratie, zur Luftreinhaltung, zur Energieeinsparung, zur Bewältigung von Migration und zur Sicherung von Stabilität und Frieden in Europa - schlägt Klaus Hänsch vor, Präsident des Europäischen Parlaments. Wenn es nicht gelinge, die Massenarbeitslosigkeit spürbar zu senken, brauche über die künftige Akzeptanz der Europäischen Union gar nicht nachgedacht werden, egal ob es um ein „Kerneuropa“ oder ein aufgeblähtes „Balloneuropa“ mit einer, zwei oder mehr Geschwindigkeiten geht. Diese unverbunden nebeneinanderstehenden Projekte könnten Europa sichtbarer machen, gewiß. Aber sind sie geeignet, den Europagedanken populärer zu machen?

Ist der Hauptgrund der zunehmenden Europa-Skepsis im Fehlen eines europäischen Projekts, einer europäischen Vision zu suchen? Macht das vielbeschworene Demokratiedefizit europaverdrossen? Liegt es an der fehlenden sozialen Flankierung? Spielen diese drei Faktoren zusammen? Oder läßt sich die Europa-Misere auf „Politikverdrossenheit“ zurückführen? Auf das Informationsdefizit? Desinteresse, massive Ablehnung und Skepsis gegenüber der europäischen Integration haben - so Rudolf Strohmeier, Mitglied eines Kommissionskabinetts - „häufig eine simple Ursache. Die Unkenntnis von Fakten.“ Mit solchen monokausalen Erklärungsversuchen läßt sich trefflich das Erscheinen einer weiteren Informationsschrift über Europa begründen. Aber ist die Vermehrung der von den offiziellen Informationsbüros der EU verbreiteten Broschüren um hagiographische Monographien - nach dem Motto: Viel hilft viel - eine Abhilfe? Warum bleibt eine

hochdotierte EU-Autorenschar unter sich, statt kontroverse Streitgespräche zu organisieren? Lieber sanftes Gesäusel und watteweicher Konsens als Geradheit, Direktheit und Kontroversen - ein solches Vorgehen ist weder harmlos noch risikolos.

## V.

Warum ist das Thema überhaupt wichtig? Die „Gefahr eines Rückfalls in allgemeine Renationalisierung der Verhältnisse in Westeuropa“ (Gilbert Ziebura), die aus einer allgemeinen Orientierungskrise und daraus resultierenden Ängsten entspringt, dieser nationalistische und ethnozentrische Sprengsatz macht die Fragen drängend und verleiht ihnen hohe Relevanz für die politische Entwicklung dieses Kontinents, selbst wenn Europa und Europäische Union keinesfalls gleichzusetzen sind. Der Rückzug ins nationale Schneckenhaus, die Abschirmung gegenüber planetaren und europäischen Problemen stellt eine Reaktion auf die Zivilisationskrise dar. Brisanz ergibt sich aus der beträchtlichen Kluft zwischen der ökonomischen Integration und der weitgehend fehlenden sozialen, die sich in politischen Legitimationsdefiziten niederschlägt. Sie resultiert aus den Widersprüchen einer de-facto-Konstruktion Europa „von oben“ und der Notwendigkeit einer Konstruktion „von unten“.

Liefert die Frage nach den Triebkräften, die Ursachenanalyse auch Aufschluß über die Leitbilder? Es ist schon eine Ironie der Geschichte, daß Herfried Münkler in seinem ideengeschichtlichen Abriß keine positive Begründung für Europa findet - außer bei Johann Gottfried Herder, dem Inspirator des Volksgeist-Konzepts, dem Gegner der Aufklärung, dem Stichwortgeber des „Sturm und Drang“ und der Romantiker. Ist Europa - Verkörperung einer Frau, daher in anderen Sprachen mit weiblichem Artikel -mutter- und vaterlos? Immer wieder wird die antike Sage bemüht: Zeus, in Liebe zu Europa entbrannt, verwandelt sich in einen zahmen Stier, nahm sie auf den Rücken und trug sie durch das Meer nach Kreta. Nachdem er ihr dort „beigewohnt“ hatte - weniger altertümlich würde es heißen: nachdem Gottvater arglistig die unschuldige Königstochter vergewaltigt hatte -, gebar sie drei Söhne. Als Europas Vater ihr Verschwinden bemerkte, schickte er seine Söhne auf die Suche nach ihr und sagte ihnen, sie sollten nicht wiederkommen, bis sie Europa gefunden hätten. Die Söhne kehrten nie zurück. Ist Europa heute zu finden?

Woher könnte ein neuerliches Interesse an Europa nach der langen Phase des Europessimismus und der Euroabstinenz rühren? Welches Projekt verbirgt sich hinter der Chiffre „Europa“? Sind Konturen eines eigenen Wohlstands-, Wachstums- und Entwicklungsmodells auszumachen, das - *horribile dictu* - nicht ohne gemeinschaftliche Sozial- und Industriepolitik zu haben ist? Ist Europa längst zu einer Fata Morgana geworden, die auch beim energischsten Voranschreiten nicht näherrückt, sondern als Trugbild am Horizont verbleibt? Werden mit der „Utopie Europa“ (Dominique Wolton)

zu hochfliegende Hoffnungen verknüpft, die der europäische Einigungsprozeß nicht erfüllen kann? Oder aber im Gegenteil: Ist vom Verblässen der meisten Utopien Europa erfaßt und stehen zahlreiche Europäer aus diesem Grunde dem in ihren Augen unattraktiven europäischen Projekt indifferent, ja skeptisch gegenüber? Ganz pragmatisch gefragt: Aus welchen Quellen könnte Europa neue Attraktivität und Legitimität beziehen? Angesichts der Problemkonstellation sind sowohl die Akteure als auch die (Sozial-)Wissenschaften gefordert, auf die Herausforderungen der europäischen Integration angemessene Antworten zu finden.

## VI.

Eine Reform der europäischen Institutionen ist notwendig, um die Akzeptanz in der Bevölkerung zu erhöhen und das Defizit an Legitimation, Transparenz, Bürgerbeteiligung und Effizienz zu beseitigen. Eine bloße Fortschreibung des Status quo würde zu einer institutionellen Verknöcherung, zu einer risikoreichen Überlastung der bestehenden Strukturen führen und somit die bestehende Kohärenz beschädigen. Solange die europäische Ebene nicht über eine eigene politische und gesellschaftliche Infrastruktur verfügt, ist es schwierig, Zustimmung, Unterstützung und Legitimationseffekte zu erreichen. Selbst die europäischen Dachorganisationen von Parteien, Gewerkschaften, Berufs- und Wirtschaftsverbänden sind vorrangig auf nationale Entwicklungen ausgerichtet. Dieser Zustand der nationalen Akteure kann nur durch eine entschiedene Selbsteuropäisierung geändert werden.

Eine Reform und Verfassungsdiskussion müßte folgende Aspekte umfassen:

- Wenn die Reform der Institutionenordnung der EU zu einer Stärkung des *Europäischen Parlaments* führt und es neben dem Rat zum gleichberechtigten Gesetzgeber (Legislative) mit Initiativrecht wird, wäre der Trend zur Entmachtung der nationalen Parlamente durchbrochen durch Verlagerung der entsprechenden Befugnisse auf die europäische Parlamentsebene. Ein echtes Parlament setzt allerdings eine gemeinsame öffentliche Meinung und europäische Parteien, die nicht nur Zweckbündnisse von Abgeordneten nationaler Parteien sind, voraus. Da in Zukunft nicht bei jedem Beitritt die Zahl der Parlamentarier und der Kommissionsmitglieder erhöht und die Stimmenverteilung im Ministerrat neu geregelt werden kann, müssen zudem Vorkehrungen getroffen werden, um die Handlungsfähigkeit der EU zu wahren.
- Wenn der (*Minister-*)*Rat* Aufgaben einer zweiten Kammer übernimmt, daher grundsätzlich, insbesondere bei der Gesetzgebung, öffentlich tagt, wenn zudem das Einstimmigkeitsprinzip durch ein Quorum, eine gewichtete Mehrheit abgelöst wird, damit nicht ein Mitgliedsland durch Veto-Recht die anderen blockieren kann, dann wären transparente Entscheidungen mit hochqualifizierter Mehrheit (Staatenmehrheit plus Bevölkerungsmehrheit) möglich. Allerdings bedürfen zumindest in einer Über-

gangszeit Finanzfragen, Vertragsänderungen und Themen, die durch nationale Parlamente ratifiziert werden müssen, der Einstimmigkeit. Spätestens zum Zeitpunkt der Einführung von Mehrheitsentscheidungen wäre es sinnvoll, die Union verfügte über Steuerhoheit. Eine Vorstufe wäre das Recht, Euroanleihen aufzunehmen. Das technische Rotationsverfahren bei der Präsidentschaft wirkt sich nicht nur in Wahlkampfzeiten nachteilig aus - Nachteile, die ein Wahlverfahren, das aus einer politischen Entscheidung besteht, nicht aufzuweisen braucht. Damit sich der Anspruch auf Demokratisierung der Organe auf dem Weg der Mehrheitsentscheidung durchsetzen läßt, müssen Sicherungen in die reformierten Institutionen eingebaut werden. Auf diesem Weg wäre der Rubikon zur Staatswerdung Europas bald überschritten.

- Um die Effizienz der *Kommission* zu steigern, ist eine Verkleinerung angebracht und eine Aufwertung zu einer europäischen Regierung (Exekutive) mit politischer Verantwortung. Zur Erhöhung der symbolischen und realen Politikfähigkeit der EU wäre die Einrichtung eines personalisierten Repräsentationsamtes, beispielsweise in Form eines Europäischen Präsidenten, sinnvoll oder eine Stärkung der Stellung des Kommissionspräsidenten, der einem Regierungschef gleichgestellt werden müßte.
- Um Legitimation und Akzeptanz des europäischen Integrationsprozesses herzustellen, ist die Verwirklichung einer *Politischen und Sozialen Union* unerlässlich. Die Einrichtung eines europäischen Sozialstaates könnte über Mindestregeln und Tarifautonomie auf den Weg gebracht werden.
- Wenn die *Beschäftigungssicherung* absolute Priorität erhält, und die im Weißbuch niedergelegte Absichtserklärung, 15 Millionen Arbeitsplätze bis zum Jahr 2000 zu schaffen, nicht zur Leerformel verkommt, wäre der Schritt zu einem europäischen Sozialmodell gemacht. Eine europäische Sozial-, Struktur-, Regional-, Industrie- und damit Forschungs- und Technologiepolitik, die die Beschäftigungslage als wesentlichen Faktor einbezieht, ist weiterhin ein Desiderat.
- Eine europäische *Verfassung*, die neben der Grundentscheidung für Föderalismus, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit das Sozialstaatsgebot enthält, kommt der Verpflichtung gleich, für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen und von den Modernisierungsgewinnern Tribute zur Sicherstellung von Wohlstands-Transferleistungen an die Modernisierungsverlierer zu verlangen.

Unter normativen Gesichtspunkten gewähren soziale Rechte „kompensatorische Ansprüche auf eine gerechte Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum“ (Habermas). Wenn klassische Grundrechte wie Menschenwürde, Rechtsgleichheit, Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit neben sozialen Rechten wie dem Recht auf Arbeit stehen, wenn eine klare sozialstaatliche Zielbestimmung Aufnahme findet, wenn eine europäische Staatsbürgerschaft mit europäischen Staatsbürgerrechten und -pflichten realisiert wird, und der Luxemburger Gerichtshof entsprechend Recht spricht, wäre das alte Wort von Raymond Aron „Kein Europa kann meine Bürgerrechte als fran-

zösischer Jude verteidigen, das können nur französische Gerichte" widerlegt. Die Vielzahl der Verfahrensprozeduren und Abstimmungsregelungen bedarf einer Verringerung und Möglichkeiten zur Personalisierung und zur Sichtbarmachung von Verantwortlichkeiten sind zu vergrößern.

Aus einer Verfassung erwachsen unmittelbar Rechte und Pflichten, aber eine zu stark juristische Ausrichtung würde schwerlich die notwendige Identifikationsbasis für die Unionsbürger bilden. Als Diskussionsgrundlage könnte der Verfassungsentwurf des Europäischen Parlaments vom Februar 1994 dienen. Die Aufgabe der europäischen Verfassungsgebung könnte, wie Roland Bieber vorgeschlagen hat, einer nur zu diesem Zweck zusammen tretenden Unionsversammlung übertragen werden, die je zur Hälfte aus Mitgliedern des Europäischen Parlaments und aus Mitgliedern der nationalen Parlamente zusammengesetzt wäre.

Die Frage der Reform und damit der zukünftigen Gestaltung des europäischen Staatengefüges ist keine akademische, sie bestimmt über Leben und Tod Europas, denn eine Voraussetzung für weitere Integrationschritte muß klar sein: Die europäischen Staaten integrieren sich, weil die Mehrheit es wünscht und sie wünscht es, weil sie die europäische Integration für ein System hält, das höheren Wohlstand, bessere Lebensqualität und friedliches Zusammenleben verbürgt. Tritt ein Wandel dieser Auffassung ein, ist es um die europäische Integration geschehen. Neue Übersichtlichkeit ist eine zwingende Vorbedingung für Zustimmung. Klärungsbedarf besteht nicht nur bei der Frage der Positions- und Zielbestimmung, sondern auch bei der Frage nach Dimension und Homogenität der Union. Europa neu zu denken, bleibt permanente Herausforderung.

Auswege aus der Massenarbeitslosigkeit, Ausbau und Rekonstruktion des Sozialstaats auf europäischer Ebene, die Gestaltung der Arbeitswelt, einer Arbeit in Würde und mit weitgehenden Mitbestimmungsmöglichkeiten sind zentrale Politikfelder der Union, über deren Ausgestaltung nicht einmal ansatzweise Einigkeit erzielt worden ist. Die Grundlegung eines europäischen Sozialmodells, die Herstellung einer europäischen Öffentlichkeit, die gemeinsame Regulierung der Immigration sind Gestaltungsdefizite, die vorrangig bearbeitet werden müssen. Damit diese Themen attraktiv werden, müssen entschieden die Spielräume genutzt werden, die der Freiheit bleiben, d. h. dem politischen Handeln und dem politischen Willen. Es geht um nichts weniger als den Weg in die europäische Moderne des 21. Jahrhunderts, eine friedliche, zivilisierte, offene und solidarische Gemeinschaft in der Welt, um ein Experiment universeller Tragweite. Wenn sich herausstellt, daß die europäische Sozialunion einer Fata Morgana gleicht, dann ist es nicht verwunderlich, wenn Attraktivität, Legitimität und Zustimmung zusammenschmelzen wie Schnee an der Sonne.